

Identität, Gesellschaft und Geschichte

Von berechtigten Interessen zu Ausgrenzung und sektiererischer Absolutheit – auch in Hannover

Im letzten Newsletter habe ich in Auseinandersetzung mit Positionen von Max Czollek und Michel Friedmann zur Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Deutschland nur dezent darauf hingewiesen, dass dies Felder politischer Debatte in der gesamten Gesellschaft, in Wissenschaft und Kultur seien, in denen die diversen historischen und persönlich/gegenwärtigen Erfahrungshorizonte alle ihren Platz haben müssten. Bei energischer Zurückweisung geschichtsrevisionistischer, nationalistischer, völkischer, rassistischer und antisemitischer Positionen und Ideologien sollte ein dialogischer Diskurs über Erinnerung, Geschichte und ihrer Darstellung in sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland, Europa und der Welt möglich bleiben. Insbesondere Vorhaltungen mangelnder Kompetenz wegen angeblicher Nichtbetroffenheit oder Unterstellungen, Feigenblattpolitik zu veranstalten, seien in diesem Diskurs nicht nur wenig hilfreich, sondern als exkludierende und Wahrheit genetisch oder kulturell bestimmende Verabsolutierungen schädlich.

Das gilt gewiss nicht nur auf dem für das Netzwerk besonders relevanten Gebiet der Erinnerungskultur und dem für uns im Mittelpunkt stehenden Erinnern an den Nationalsozialismus und die Shoah. Dass das Netzwerk auf dieser Grundlage in politischen Debatten und Auseinandersetzungen der Gegenwart gegen Rassismus, Antisemitismus, gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eintritt, ist nicht nur im Statut verankert, sondern wichtiger Bestandteil täglicher Praxis.

Und deshalb erlauben wir es uns auch, in Debatten, Meinungsverlautbarungen und Handlungen einzuschalten, die imstande sind, ein Klima der Ab- und Ausgrenzung zu erzeugen, das dem Urteil, dem Argument wenig Raum lassen möchte. Mit Erregungsenergie geladene Einstellungen über das, was jemand zu sagen berechtigt sei oder eher nicht, flirren in den medialen Foren als imperative Standpunkte umher, die von einem Kulturkampf um Deutungshoheiten künden, der droht, sachlich gebotene und politisch erforderliche Debatten in ideologisch zementierte Frontstellungen zu verwandeln. Empathie geladenes und Empathie einforderndes Engagement wird Analyse und damit Wahrheitsfindung entgegengehalten, ganz so, als könne Realität nur durch Betroffenheit erfahren werden.

Ein jüngst in Hannover beobachteter Vorfall sollte uns wachhalten und aufmerksam sein lassen, ein Vorfall, den man betiteln kann: *„Wissenschaftler zur afrikanischen Geschichte aus dem hannoverschen Dialog um Rassismus und kolonialem Leben ausgeladen.“*

Was ist geschehen?

Anfang März erreichte mich eine Mitteilung meines akademischen Lehrers und Freundes Professor Dr. Helmut Bley, er sei von einer städtischen Veranstaltung, auf der er am 18. März sprechen sollte, eingeladen worden. Im Rahmen der von der Stadt Hannover unternommenen Bestrebungen, dem Umgang mit dem kolonialen Erbe ebenso mehr Aufmerksamkeit zu widmen wie den Kampf gegen Rassismus zu verstärken, sollte er zum Thema „Kolonialgeschichte von Afrikanern und Afrikanerinnen her denken“ sprechen.

Ohne anderen Wissenschaftler*innen Unrecht zu tun, kann man/frau Helmut Bley als Doyen für afrikanische Geschichte in der Bundesrepublik bezeichnen. Neben seinem wissenschaftlichen Wirken hat er mit persönlichem und politischem Engagement seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts die antikolonialistischen und antiimperialistischen Bewegungen in Afrika und anderswo auf der Welt unterstützt. Er hat in Afrika gelebt, in Tansania und anderswo in Afrika gelehrt und gearbeitet. Dutzende akademischer Schüler*innen sind ihm nachgefolgt. Hunderte Studierende wurden über ihn zum Wissen um die Probleme der Dritten Welt angeleitet, in Diskurse um eine Weltgesellschaft eingeführt. Das von ihm über Jahrzehnte mitgeleitete interdisziplinäre Colloquium „Peripherie und Zentrum“ am Historischen Seminar der Universität Hannover hat unzähligen Wissenschaftler*innen aus aller Welt ein Forum der Debatte um Fragen von Kolonialismus, Imperialismus und deren Erben im weltgesellschaftlichen Kontext geboten, ein Forum, das einheimischen Studierenden die Möglichkeit gab, ihre Sicht auf die Welt und ihre Geschichte zu weiten. Und nebenbei: Für die Stadt Hannover schrieb er einst das wissenschaftliche Gutachten zur notwendigen Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Allee und wurde im Nachtrag von Lettow-Nachfahren mit einem elendigen zivilrechtlichem Verleumdungsprozess überzogen. Das OLG Celle hatte aus diesem Anlass einen Beschluss gegen den Missbrauch von Beleidigungsklagen gefasst und das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit betont.

Die Einladung an einen Wissenschaftler, der nie nur das Fach afrikanische Geschichte im Elfenbeinturm Universität bewohnte, sondern sich stets politisch und persönlich gegen Rassismus und Ausgrenzung wandte, machte also im Rahmen der städtischen Intentionen Sinn. Doch nach einem Vorgespräch hat „eine Referentin aus dem Oberbürgermeisterbüro die Einladung zum 18.3. mit Rücksicht auf grüne Extremistinnen blockiert“, schrieb Helmut Bley. Wir dokumentieren hier – bei wenigen redaktionellen Änderungen – seinen als spontane Reaktion auf die Gesprächsverweigerung entstandenen Vorspruch zu dem Vortrag, der nun auf Einladung der „empörten Wissenschaftsabteilung im Rathaus“ im November vor Publikum gehalten werden soll. Es sei korrekterweise nicht unterschlagen, dass ihm wenige Tage später von offizieller Seite aus dem Rathaus das Bedauern über diese Vorgänge mitgeteilt wurde mit der Bitte, das Ganz nun nicht zu hoch zu hängen. Das soll auch hier gar nicht geschehen, doch ignoriert werden sollte dieser Vorgang auch nicht.

„Vorspruch zum Vortrag: ‚Von Afrikanern und Afrikanerinnen her denken – Positionen zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichtsschreibung.‘ (Den Vorspruch habe ich geschrieben, bevor ich eingeladen wurde.)

Diese Veranstaltung wollte ein Gespräch mit Gruppen, unter ihnen „Idira“, führen, die sich dem Antirassismus verschrieben haben. Sie wollen die afrikanischen Deutschen und die Afrikaner der Diaspora, die in Deutschland leben, vor Diskriminierung schützen. Sie bekämpfen offenen und versteckten Rassismen in unserer Sprache. Ich begrüßte diese Aktivitäten und wollte mit meinem Vortrag etwas dazu beitragen, dass der Rahmen der Arbeit weit genug gespannt wird und die Realitäten des Lebens in Afrika in Vergangenheit und Gegenwart in den Blick kommen.

Die Vertreterin von ‚Idira‘ (nur im Facebook) erklärte gleich am Anfang des Vorgesprächs jedoch apodiktisch, dass ich als ‚alter weißer Mann‘ mich gar nicht in afrikanische Verhältnisse

hineindenken und einfühlen könne. Alle Teilnehmerinnen sagten, sie würden die Auffassungen der jungen afrikanischen Leute und ihre Identität respektieren. Sie hielten nur deren Aussagen für authentisch.

Wir haben noch eine ganze Weile diskutiert. Ich vertrat die Position, damit würden sie jede wissenschaftliche Bemühung der Gesellschaftswissenschaften und auch der afrikanischen Geschichte für andere Gesellschaften der Welt für unmöglich erklären. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass auch Afrikaner Europa nicht studieren könnten. Es sei auch Afroamerikanern in den USA dann unmöglich, die deutsche Geschichte zu verstehen, und Lateinamerikaner, die nord-amerikanische Geschichte zu erforschen. Viele Afrikaner, Lateinamerikaner, Chinesen haben die Lehren von Karl Marx aus Trier rezipiert oder sozialdemokratische Positionen verstanden. Viele wurden Christen. Generell wären weltgeschichtliche Betrachtungen unmöglich.

Ihre Position beruht auf Annahmen, die sich gegen alle philosophischen und wissenschaftstheoretischen Erkenntnisse seit der Aufklärung wenden, sind nicht auf die Realität bezogen. Es ist außerdem abwegig zu behaupten, dass kollektive Identität etwas fest Gefügtes und Unveränderbares sei. Damit wird die historische Erfahrung geleugnet, dass insbesondere in der Moderne die Menschen überall durch mehrere Identitätsstränge bestimmt sind und diese im stetigen Wandel sind. Die zum Vorgespräch eingeladenen Vertreterinnen bestanden, wie ich vermute, von vornherein darauf, nur auf der Basis ihres Identität-Dogmas an diesem Gespräch teil zu nehmen, also ohne mich.

Das Vorgehen ist kein Einzelfall, sondern repräsentiert eine Strömung. Wolfgang Thierse, der ehemalige Bundestagspräsident, hat am 22. Februar in der FAZ in einem Artikel gewarnt, dass eine Ideologie der unveränderbaren Identität die Gesellschaften spalten würden. Die Radikalisierung solcher Diskurse, die er ‚umgekehrten Rassismus‘ genannt hat, werde zu Gewalt führen. Es gab einen Sturm im Netz, in dem auch er als ‚weißer alter Mann mit heterosexueller Orientierung‘ bezeichnet wurde und damit sogar Heterosexualität zur verdammungswürdigen Lebensform wurde, also gegen die übergroße Mehrheit der Menschen gerichtet ist und an Sektierertum erinnert. Gesine Schwan hat darauf in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 27/28. Februar 2021 unter dem Titel geantwortet: ‚Wider das Gift kollektiver Identität‘. [...] Eine radikalisierte Überbetonung von unveränderbarer Identität beginnt das demokratische Terrain zu verlassen und die hat Tendenz, sich mit den ‚Identitären‘ Strömungen vom ganz rechts zu vermengen.

Mein Vortrag stützt sich auf mein Buch: ‚Afrika: Welten und Geschichten aus dreihundert Jahren‘ von ca.1.700 bis zur Gegenwart. Das Manuskript liegt lektoriert beim renommierten DeGruyter Verlag und wird im August herauskommen. In diesem Buch fließen die Forschungen vieler afrikanischer Kollegen, meine eigene Erfahrungen in der Lehre an der Universität Dar es Salaam, sowie der britischen, amerikanischen und französischen Kolleginnen und Kollegen ein. Viele meiner Studierenden haben in Afrika studiert und Forschungsprojekte durchgeführt. Viele Spaziergänge von mir in Städten und Dörfern führten zu Gesprächen sowie Einladungen in afrikanische Familien. Nie hat ein Afrikaner bzw. Afrikanerin ob Kollegen, Studierende oder Bauern und Handwerker daran gezweifelt, dass wir auf dem gemeinsamen Grund menschlicher Kommunikation standen. [...] Natürlich gibt es in der panafrikanisch gestimmten Intelligenz Afrikas auch schematische Positionen, die von einem goldenen Zeitalter von vor vierhundert Jahren träumen. Sie verschweigen dabei die tausendjährige Geschichte von innerer Sklaverei durch adelige und monarchistische Herrschaft. Sie schieben ALLE internen

Krisen auf europäische Schuld. Natürlich sind die negativen Folgen der Kolonialherrschaft und die der ungerechten Weltwirtschaftsordnung unleugbar.

Es besteht ein Widerspruch von panafrikanischen Deutungen zu afrikanischen Kulturen, die vielfältig und die im ständigen Wandel sind. Millionen von Afrikanerinnen und Afrikanern sind sogar als Ausländer aus Nachbarländern vertrieben worden oder Frauen aus der Stadt, weil sie unverheiratet waren. Der Wandel durch interne Migrationen und millionenfache interne Fluchtbewegungen verändert ständig Identitäten. Der Mentalitätswandel beim Wechsel vom Dorf in die Millionenstädte bleibt meist unbeachtet. Es gibt Ausnahmen. Der Kameruner Demokratiekämpfer Celine Monga ist u.a. eine solche Ausnahme. In seinem Buch ‚Anthropology of Anger‘ spricht er von dem Glauben der Jugend an Gewalt als Lösung. Außerdem befürchtet er, dass die bäuerliche Bevölkerung, die in die Städte abgewandert ist, ethnisch mobilisiert werden könnte. [...]“

Wir werden uns ganz sicher in den nächsten Wochen und Monaten inhaltlich mit den Themen Kolonialismus und Imperialismus in der Erinnerungskultur beschäftigen vor allem im Blick darauf, dass unter dem Schlagwort „multidirektionale Erinnerung“ (Michael Rothberg) postkoloniale Aktivist*innen die Ansicht verbreiten, die „Exzeptionalisierung der NS-Zeit und des Genozids [sei] insofern problematisch, als sie eine tiefe Auseinandersetzung mit Rassismus häufig verhindert.“ (Emila Roig) Dass solche Interpretationen von Rothbergs Überlegungen zu einem „Historikerstreit 2.0“ allerdings fehlgehen, sei nur am Rande vermerkt.

Empörungsaufgeregtheit oder argumentativer Diskurs

Im Moment geht es aber erst um die Frage, wie eine Debatte um wichtige gesellschaftspolitische und erinnerungspolitische Fragen geführt wird: Im Modus initiiert der Empörungsaufgeregtheit oder argumentativer Diskurse. Es geht im Kern darum, wie von der Mehrheitsgesellschaft marginalisierte, angefeindete oder kaum im öffentlichen Raum repräsentierte Positionen, Haltungen, Personen – meinetwegen auch – Identitäten solche Anerkennung und Stärkung finden, damit diesen aggressiven oder latenten Ausgrenzungshandlungen wirksam begegnet werden kann.

Was darf man/frau in diesem Kontext dieser Episode hannoverscher Ratshauspolitik entnehmen? In Zeiten emotionalisierter Debatten um Identity, Identity Politics, um Identität und Identitätspolitik, beugt sich eine demokratisch legitimierte Exekutive dem Begehren einer sich selbstermächtigenden kleinen Gruppe von Am-Besten-Wisser*innen, eine auf wissenschaftlicher Grundlage, politischer Reflexion und erheblicher Lebenserfahrung basierende Auseinandersetzung um zentrale Fragen im gesellschaftlichen Umgang mit unterdrückten und marginalisierten Gruppen von Menschen zu verhindern. Dieser Vorgang bestätigt den schon angesprochenen Trend, Empathieeinforderung mit Analyse zu verwechseln.

Dies Vorgehen fügt sich in die Reihe ähnlicher Vorgänge – H. Bley hat sie kurz genannt –, bei denen empörte Stimmen aus Reihen der Queer Community oder anderer sich per Identität definierender Gruppen Rede- und Kontaktverbote bzw. Sanktionierungen gegen Menschen einfordern, die die radikale Ausschließlichkeit ihrer Ansichten nicht teilen. Jenseits eines

rationalen Begründungszusammenhangs werden abweichende Auffassungen als ausgrenzend, von Unterdrückungswillen geprägt oder einfach als kompetenzunwürdig gekennzeichnet. Prominent wurden in diesem Zusammenhang die Reaktionen der SPD-Parteispitze (Saskia Esken und Kevin Kühnert) die sich „beschämt“ gaben über den von „mangelnder Sensibilität“ geprägten Umgang des Genossen Wolfgang Thierse mit queeren Personen, weil seine Äußerungen in der FAZ vom 22.2.2021 unter dem Titel „Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft“, kritische Fragen zu einer „Radikalität identitärer Forderungen“ stellte, die „in Spaltung umschlägt“, und bei der „verteilungspolitische Gerechtigkeitsfragen“ unterbelichtet wären. Gesine Schwan sprang ihm in der SZ vom 26.2.2021 bei und betonte, dass „wir in einer Gesellschaft von unterschiedlich großen ‚Communitys‘ zerfallen, die jede für sich eine ‚kollektive Identität‘ beanspruchen und damit immer schon auf dem Weg der Exklusion anderer sind.“

Inwieweit die Aussagen dieser beiden sozialdemokratischen Intellektuellen – zwei von wenigen, die der SPD noch geblieben sind, – die SPD „beschämen“ könnte – ist Thilo Sarrazin immer noch SPD-Mitglied? –, muss schier schleierhaft bleiben, hat Thierse doch originär sozialdemokratisches Gedankengut, das immer auf „verteilungspolitische Gerechtigkeitsthemen“ abhebt, verkündet. Nur zielte die Kritik der queeren Community eben nicht darauf, dass den hehren Worten von sozialer Gerechtigkeit eine andere sozialdemokratische Politikpraxis gegenübersteht, einer Praxis, die ihren erheblichen Teil dazu beiträgt, gesellschaftlich und sozial marginalisierte Menschen zu schaffen und ihre Ausgrenzung zu verfestigen. Man/frau zeigten sich beleidigt, nicht als Nabel gesellschaftlicher Widersprüche anerkannt zu werden. Thierse sei in seinem gesellschaftlichen Konsensdogma ignorant gegenüber pluralen Identitäten und deren Ansprüchen, so die dann twittergewaltige Distanzierung von Esken/Kühnert gegenüber dessen diskussionsfähigen Denkanstößen. Solch Anbietern von Teilen der SPD-Parteispitze an lautsprechende, aktivistische Queer-Empörlinge, das den zentralen Begriff des Parteiprogramms zur Bundestagswahl „Respekt“ konterkariert, erhält eigentlich nur dann eine gewisse Plausibilität, wenn von grundsätzlichen Fragen, die die SPD gern umschiff, abgelenkt werden soll.

Herrschaft und Ausgrenzung

Denn es geht in Wahrheit um Macht, um Deutungshoheit, um Herrschaft in einer gespaltenen Klassengesellschaft. Und selbstverständlich behindern oder unterdrücken die Macht- und Herrschaftsstrukturen mit den in ihnen handelnden Menschen, so wie sie bei uns existieren, anderes Dasein, andere Herkunft, andere sexuelle Orientierung als die vorherrschenden in einem Land, das sich immer noch in weiten Teilen einer heterogener und pluralistischer werdenden Gesellschaft widersetzen möchte. Doch identitätspolitisch betriebene Ausgrenzungsstrategien ändern an solchen Herrschaftsstrukturen gar nichts, auch wenig an direkten persönlichen Angriffen, Diskriminierungen, Gewaltattacken. Im Gegenteil, da sie sich einer Bündnispolitik um Veränderung der Machtverhältnisse entziehen, sich einer Solidarität des Miteinanders verschließen und in aggressiv handelnden

Kollektiven der unbedingt-Gleichen verschanzen, begeben sie sich in politisches Sektierertum.

Zwei alte weiße Männer, die in Wissenschaft und sozialen Bewegungen seit Jahrzehnten zuhause sind, wiesen kürzlich daraufhin: „Doch lehrt die Erfahrung sozialer Bewegungen, die ins Sektiererwesen abgerutscht sind, dass Opposition in sich plural sein muss und eine Atmosphäre des Respekts rundum notwendig ist.“ Und der retrospektive Blick auf das Zerfallen von Teilen der 1968-Bewegung in Sekten einer wie immer gearteten reinen Lehre zeige: „Besser man ist vereint, statt dem Narzissmus der aller kleinsten Differenz zur frönen.“ Denn „die moralische Größe und der politische Erfolg von Bewegungen gegen jede Form von Diskriminierung beruhen stets darauf, dass sich nicht allein ‚Betroffene‘ zur Wehr setzten, sondern dass sich auch andere betroffen fühlen. Und darauf, dass diese auch eine von anderen erfahrene Diskriminierung so in Zweifel zogen und bekämpften, als wäre sei ihnen selbst widerfahren.“ (*Daniel Cohn-Bendit und Caus Leggewie in der taz v. 13./14.3.2021, S. 29*)

Der alte weiße Autor dieses Artikels versteht dies erfahrungs- und analysegedeckte Plädoyer für eine politisch wirksame strategische Orientierung in gesellschaftlichen Frontstellungen als Aufruf zu einer produktiven, zielführenden Streitdebatte auch in diesem Forum und darüber hinaus. – Wohl an!

Peter Schyga

Anm. Dies ist der Artikel – veröffentlicht **am 24.3.2021** im Newsletter März 2021 des Vereins Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover –, der den Anstoß gab für eine breite Auseinandersetzung in Hannover und anderswo um das Thema Identitätspolitik und Cancel Culture.
